

Šik, Ota

Article — Digitized Version

## Annäherung der Wirtschaftssysteme in Ost und West?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Šik, Ota (1966) : Annäherung der Wirtschaftssysteme in Ost und West?,  
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 46, Iss. 3, pp. 129-136

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133575>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Annäherung der Wirtschaftssysteme in Ost und West?

Interview mit Professor Dr. Ota Šik, Prag

WIRTSCHAFTSDIENST: Herr Professor Šik, in den letzten Jahren wird bei uns immer mehr darüber geredet, daß sich die westlichen und östlichen Wirtschaftsordnungen einander annähern. Man schließt das einfach daraus, daß der Osten sich etwas von seiner ideologischen Position entfernt hat, die lange Zeit durch sehr strenge Maßstäbe eingeeengt war, und daß auch der Westen immer mehr von dem Idealbild der freien Konkurrenz und der reinen Marktwirtschaft abweicht. Der staatliche Einfluß wird in den westlichen Systemen immer stärker. Man benutzt die Mittel der Wirtschaftspolitik, um den marktwirtschaftlichen Sektor zu beeinflussen und größere Konjunkturschwankungen zu verhindern. Über Steuern greift der Staat ständig in das wirtschaftliche Geschehen und in unsere Eigentumsordnung ein. Ferner ist es heute bei uns möglich, daß innerhalb der Anti-Trust-Politik die unternehmerische Entscheidung eingeschränkt werden kann. Durch die Entwicklung bestimmter Produktionstechniken ist der Unternehmer gezwungen, sich auf eine ganz bestimmte „planerische“ Weise zu verhalten. Darüber hinaus bestehen starke Tendenzen, das Marktgeschehen durch staatliche Planungen zu beeinflussen. So gibt es schon lange Rahmenpläne in Belgien, in der Türkei, in Norwegen usw. Auch in den USA geht man in den einschlägigen Gremien dazu über, bestimmte Planungsmethoden einzuführen. Die EWG hat sich entschlossen, eine Planung durchzuführen, wobei man sich nur über ihr Ausmaß noch nicht ganz einig ist. Innerhalb der Staaten haben wir schon lange die Strukturplanung, die zur Förderung bestimmter

Regionen oder Sektoren dient. Außerdem gibt es im Westen schon seit längerem gewisse Formen der Lohn- und Preiskontrolle, beispielsweise der Agrarpreisbeeinflussung in der EWG.

Auf der anderen Seite können wir feststellen, daß sich auch im Osten eine bestimmte Form des Unternehmers herausbildet. Es gibt so eine Art „Industriemanager“. Es werden Lohnanreize gegeben, um die Produktion auszuweiten. Man ist dazu übergegangen, eine Geldrechnung einzuführen, um die Rentabilität feststellen zu können. Man hat ferner dazu übergehen müssen,

den Zins, der lange Zeit als Kostenfaktor vernachlässigt worden ist, mit in die Wirtschaftsrechnung einzubeziehen. Auf Grund all dieser Tatsachen kommt nun Professor Tinbergen in einem Aufsatz im „Hamburger Jahrbuch“<sup>1)</sup> zu der These, daß sich die Wirtschaftsordnungen in Ost und West annähern, und daß sich dieser Prozeß so weit fortsetzen wird, daß zum Schluß ein Misch-System entsteht, bei dem sich die beiden Wirtschaftsordnungen

1) Vgl. Jan Tinbergen: Kommt es zu einer Annäherung zwischen den kommunistischen und den freiheitlichen Wirtschaftsordnungen? In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 8. Jahr (1963), S. 11 ff.

### OTA ŠIK

gehört heute zu den bedeutendsten osteuropäischen Wirtschaftswissenschaftlern. Er wurde 1919 in Pilsen geboren und beschäftigte sich schon während seiner Mitgliedschaft in der kommunistischen Jugendorganisation der Tschechoslowakei mit der Ökonomie. Wegen einer aus politischen Gründen verfügten Inhaftierung während des Krieges kam er erst 1945 dazu, das Studium der Politischen Ökonomie an der Politischen Hochschule in Prag aufzunehmen. Schon vor seinem Examen im Jahre 1949 bekleidete er von 1948 bis 1950 den Posten eines wissenschaftlichen Assistenten und war anschließend Lehrstuhlinhaber der Politischen Ökonomie an der Politischen Hochschule. 1953 wurde ihm für seine Tätigkeit der Professorentitel verliehen. Im Jahre 1958 wurde er an das neu gegründete Institut für Gesellschaftswissenschaften in Prag als Prorektor berufen. 1961 wurde er Direktor des Ökonomischen Instituts an der Akademie der Wissenschaften, wo er zum Doktor der Ökonomischen Wissenschaften promovierte. Seit 1962 ist Prof. Dr. Ota Šik Vorsitzender des von der KPČ und der tschechoslowakischen Regierung ins Leben gerufenen Komitees für Planung und Leitung der Volkswirtschaft in der Tschechoslowakei. In dieser Eigenschaft entwickelte er die Grundzüge des Neuen Ökonomischen Systems der Tschechoslowakei, mit dessen Realisierung sein Komitee inzwischen beauftragt worden ist. Zu den wichtigsten Veröffentlichungen Šiks gehört das 1962 in Prag erschienene grundlegende Werk „Die Problematik der Warenbeziehungen im Sozialismus“, dessen Übersetzung ins Englische zur Zeit vorbereitet wird.

nicht mehr unterscheiden. Was sagen Sie zu dieser These?

ŠIK: Ich würde damit anfangen, daß all das, was Sie über die ökonomische Problematik gesagt haben, vollkommen stimmt. Ich glaube, daß allen Ökonomen sehr wohl bekannt ist, wie die Entwicklung in den westlichen Ländern vor sich geht. Selbst dort, wo das Privateigentum die Oberhand hat, erkennt man langsam die Notwendigkeit einer staatlichen Planung oder wenigstens eine staatliche Beeinflussung der volkswirtschaftlichen Entwicklung an. In diesem Sinne ist hier unbedingt eine ökonomische Annäherung an das, was eigentlich für die sozialistische Wirtschaft charakteristisch ist, festzustellen. Was aber eine neuere Entwicklung ist, das sind doch nur die Änderungen, die sich jetzt langsam in den sozialistischen Wirtschaften durchsetzen. Ich würde so sagen — verstehen Sie, das ist das, was immerfort Probleme mit sich bringt —: Wir sehen die Entwicklung in der sozialistischen Wirtschaft sozusagen nicht als einen Schritt zurück an. So wird es manchmal begriffen, und das ist das, was auch ganz unnütz böses Blut macht. Es wird so angesehen, als wenn es die Rückentwicklung zum Kapitalismus wäre.

WIRTSCHAFTSDIENST: Ja, man geht sogar so weit, von einer Rückkehr zur NEP-Phase zu sprechen.

ŠIK: Ich glaube, daß hier ein ziemlich grobes Mißverständnis vorliegt. Beim NEP ging es um eine Ausnutzung der Marktverhältnisse, der Marktverbindung zwischen staatlichen Betrieben und der Privatwirtschaft, d. h. besonders der privaten Landwirtschaft und der privaten Handwerker. Das ist etwas allgemein Bekanntes. In jener Zeit erwies es sich als notwendig, in dieser Weise das Interesse der privaten Produzenten zu stimulieren. Heute indessen geht es doch um etwas anderes. Natürlich geht es nicht darum, zurückzugehen zur Privat-Produktion — wir rechnen nicht damit, und, soviel mir bekannt ist, tut man das in keinem sozialistischen Land. Es geht vielmehr um die Erkenntnis, daß auch bei sozialistischem Eigentum Markt-

verhältnisse notwendig sind. Ich will es einmal so sagen: Es geht um eine tiefere Erkenntnis des Wesens der sozialistischen Wirtschaft, die früher nicht da war. Früher hatte man die Vorstellung über die sozialistische Wirtschaft furchtbar vereinfacht.

WIRTSCHAFTSDIENST: Sie sprechen jetzt nicht von der Vorstellung über die sozialistische Wirtschaft im kapitalistischen, sondern im sozialistischen Raum!?

ŠIK: Ja, ich spreche jetzt ausdrücklich von sozialistischen Ländern, und von den Vorstellungen von Wirtschaft innerhalb der sozialistischen Staaten. Man hat früher wirklich die Vorstellung gehabt — ganz im Unterschied zum NEP, der nur ein Übergangsstadium darstellen sollte —, daß, sobald die vollkommene Kollektivierung durchgeführt und die Privatproduktion verschwunden ist, auch die Gründe für die ungesunde Entwicklung der Marktverhältnisse ausgerottet sind. Das war die frühere Vorstellung. Sie entstammt ausgesprochen jener Zeit der sozialistischen Entwicklung in der Sowjetunion, die wir die „Stalin-Zeit“ nennen. Man hat zwar weiterhin zugegeben, daß auch zwischen den Staatsbetrieben und den genossenschaftlichen Landbetrieben so etwas wie Marktverhältnisse existieren müssen, aber sozusagen nur als notwendiges Übel. Es wurde als etwas angesehen, das nur durch die Minderwertigkeit der genossenschaftlichen Form des Sozialismus hervorgerufen wurde.

WIRTSCHAFTSDIENST: Selbst die Genossenschaften wurden als Übergangserscheinung angesehen?

ŠIK: Auch die Genossenschaften wurden als etwas angesehen, das man so schnell wie möglich in diese oder jene Staatsform überführen sollte, also als etwas, das man schnell überwinden muß. Und heute geht es darum, jene veralteten Vorstellungen zu beseitigen. Bei diesem Prozeß wird aber, (damit wir uns gut verstehen!) der Sozialismus viel reeller. Er wird einfach viel gesünder! Er wird sich viel besser entwickeln können als sozialistische Wirtschaft! Hierbei wird es

sich aber zeigen, daß das Wesen des Sozialismus sich nicht in einem solchen Maße von dem kapitalistischen System unterscheidet, wie man es sich früher vorgestellt hat.

WIRTSCHAFTSDIENST: Herr Professor, können Sie uns sagen, welches die realen ökonomischen, möglicherweise auch die technischen Faktoren gewesen sind, die zu einem solchen Umbruch im Denken und in der Auffassung des Sozialismus geführt haben?

ŠIK: Ja. Es ist wichtig zu sehen, weshalb man gewisse Dinge früher überhaupt bestreiten konnte. Man hat sich früher auch die Planung der sozialistischen Wirtschaft sehr einfach vorgestellt. Man hat angenommen, daß man von einem Zentrum aus die ganze Wirtschaft mit direktiven, quantitativen Kennziffern leiten und fast alles von oben so dirigieren kann, daß nichts mehr für die Marktwirtschaft übrigbleibt. Diese Entwicklung war eine Zeitlang möglich. Natürlich, denn wenn es schon damals überhaupt nicht funktioniert hätte, dann hätte man fragen können: Wieso kommt ihr erst heute drauf? Geklappt hat diese Form der Planung einfach, solange es extensive Wachstumsfaktoren gab. Solange man neue Fabriken bauen konnte, die Produktion immer erweitern und neue Arbeitskräfte einstellen konnte, solange genügte es, rein expansive, quantitative Wachstumsaufgaben zu geben und — sie wurden mehr oder weniger erfüllt. Aber die Qualitätsentwicklung blieb zurück. Es kam zu einer furchtbar unwirtschaftlichen, einseitigen Entwicklung, bei der die Bedürfnisse immer schwerer befriedigt wurden. Und aus diesen Verhältnissen heraus entstanden einfach gewisse Widersprüche, die zeigten, daß es auf diese Weise nicht weitergeht.

WIRTSCHAFTSDIENST: Sie sagten, diese erste Phase in der Auffassung der sozialistischen Wirtschaft war möglich. Würden Sie so weit gehen, zu sagen, daß sie in der ersten Zeit, in der extensiven Phase, auch notwendig gewesen ist? Oder hätte man auch die erste Phase, den Aufbau des Sozialismus, auf andere Weise vollziehen können?

ŠIK: Die Frage ist schwer zu beantworten. Denn in einem gewissen Sinne hätte uns eine etwas andere Leitung bei stärkerer Ausnutzung der marktwirtschaftlichen Beziehungen, der Preise usw. geholfen, die Entwicklung etwas effektiver zu gestalten. Natürlich darf man andererseits nicht verkennen, daß — solange in einem Land ein großer Überschuß an Arbeitskräften existiert — diesem Land in einem gewissen Sinne auch die möglichst rasche extensive quantitative Entwicklung helfen kann. Wenn wir also alles sofort auf die höchste Effektivität gesetzt hätten, dann hätten wir zum Beispiel nicht so schnell die Produktionskapazitäten in der Industrie ausweiten können. Aber, wir hätten auch eine Zeitlang unsere Arbeitskräfte nicht voll beschäftigt gehabt. Das spielt heute für hochentwickelte Industrieländer keine Rolle mehr. Aber in wenig entwickelten Ländern oder überhaupt bei Arbeitskräfte-Überschuß ist das wirklich ein ernster Faktor. Ich möchte ihn deswegen einfach nicht übersehen. Denn sowohl in unentwickelten Ländern, als auch in gewissen sozialistischen Ländern — bekanntlich ist noch heute die Situation etwa in Polen anders als in der Tschechoslowakei — können immer noch extensive Pläne helfen, indem sie immer höhere Wachstumsaufgaben stellen, und die einfach dadurch erfüllt werden, daß neue und neue Industriebetriebe gebaut und neue und neue Arbeitskräfte eingesetzt werden. Aber verstehen Sie, das ist wirklich nur eine Seite der Sache, d. h. nicht, daß es auf der anderen Seite auch bei dieser Entwicklung nicht eine höhere Effektivität geben könnte, die bei dieser etwas vereinfachten, überzentralisierten Direktivplanung nicht so berücksichtigt wird.

WIRTSCHAFTSDIENST: Hätte dann nicht die Möglichkeit bestanden, daß sich in der Tschechoslowakei wie auch in anderen Staaten Osteuropas gewisse Disproportionalitäten in der Bedarfsdeckung entwickelt hätten — wenn man zum Beispiel die Deckung öffentlicher und privater Bedarfe vergleicht —, zu der auch wir im Westen gekommen sind?

ŠIK: Nein, es ist ganz anders, als Sie es eigentlich erwarten. Ich glaube, bei uns hätte durch eine etwas andere Art der Planung, durch eine etwas größere Freiheit der Betriebe, durch eine etwas konsequentere Ausnutzung der Marktbeziehungen, eine proportionellere Entwicklung vor sich gehen können, als sie vor sich gegangen ist. Es klingt vielleicht komisch, aber es ist so: Obwohl man bei uns theoretisch nach Stalin immer wieder von dem Gesetz der planmäßigen proportionellen Entwicklung gesprochen hat, ist de facto durch die alte Art der Planung eine sehr disproportionalere Entwicklung entstanden. Es handelt sich um eine ausgesprochene Präferenz-Entwicklung. Diese Art der Planung, die man auch direktive oder administrative Planung nennen kann, nennen wir, um ihren besonderen Charakter hervorzuheben, auch Präferenz-Planung: Man gibt die Präferenz einem gewissen Produktionsbereich, und zwar — wie Sie wissen — ganz ausdrücklich der Industrie und innerhalb dieser wieder der Schwerindustrie. Hierbei kam es meiner Ansicht nach allerdings zu einer Über-Industrialisierung, zu der sich sehr viel sagen ließe, worauf wir hier allerdings aus Zeitgründen verzichten müssen. In jedem Fall läßt sich — kurz zusammengefaßt — sagen, daß die direktive Planung, welche Disproportionalitäten vermeiden wollte, in Wirklichkeit sehr grobe Disproportionalitäten geschaffen hat.

WIRTSCHAFTSDIENST: Kann man nicht auch sagen, die heute auftretenden Disproportionen seien Folge des Phänomens, daß in einer wenig entwickelten Wirtschaft eine Planung noch sehr lange Zeit möglich ist, während sie mit steigendem Lebensstandard so schwierig wird, daß man notwendigerweise von ihr abweichen und immer mehr marktwirtschaftliche Elemente in eine zentralverwaltete Wirtschaft einführen muß? Nach unseren Kenntnissen nennt man das heute „ökonomische Hebel“.

ŠIK: Ich möchte das noch ein bißchen präzisieren. Wir sollten nicht von einer Abweichung von der Planung sprechen. Nicht aus irgend-

welchen ideologischen Gründen sollten wir das vermeiden, sondern einfach aus ökonomischen Erkenntnissen. Ich glaube, es geht nicht um eine Abweichung von der Planung, sondern um eine ganz andere Auffassung von der Planung. Wir dürfen, wenn wir von Planung allgemein sprechen, das nicht einfach vergleichen mit der Form der Planung, die bisher in sozialistischen Ländern als einzig geltende und einzig mögliche aufgefaßt wurde. Es handelt sich dabei darum, eine in einer bestimmten Zeit entstandene Form der Planung zu ändern, die damals sogar bestimmte Vorteile bot. Erstens hat sie geholfen, z. B. in der Sowjetunion überhaupt erst einmal eine neue Industrie zu schaffen, und zweitens war es eine Zeitlang sogar möglich, die neugeschaffene Industrie, die ja zunächst noch nicht so breit angelegt war, vom Zentrum sehr detailliert zu leiten. Von einem gewissen Augenblick an hat sich indessen gezeigt, daß diese Art der Planung nicht weiter möglich ist. Deshalb lassen Sie mich so sagen: Wir brauchen weiterhin das Instrument „Planung“, das sich — wie Sie vorhin selbst sagten — auch in den kapitalistischen Ländern durchsetzt. Das heißt also: Wir kommen nicht ab von einer Planung, sondern im Gegenteil: Es setzt sich in viel breiterem Maße die Erkenntnis der Notwendigkeit der Planung durch. Aber es wird eine ganz andere Form der Planung sein, als wir sie bisher kannten. Mit der Vorstellung, daß das Zentrum definitiv sagen kann, was und wieviel produziert werden soll, muß Schluß gemacht werden. Sie kennen das doch: Die ganze Skala der Kennziffern, Umfang der Produktion, Menge der Produktenarten, Produktivität, Kosten, Anzahl der Arbeitskräfte, Arbeitslohn — alles wurde doch direktiv festgelegt. Und das erwies sich als ganz unmöglich. Und hieraus resultierte dann folgendes: Erstens konnte man bei dieser Art der Planung überhaupt nicht errechnen, welches die effektivste Entwicklung ist. Und zweitens stellte sich heraus, daß man die Zielsetzung zu sehr vereinfacht hatte. Man hatte in der Tat geglaubt, wenn wir Stahl, Eisen, Kohle und

Energie haben, dann haben wir alles andere auch. Das ist aber gar nicht wahr. Im Gegenteil, in der Stahlproduktion pro Kopf stehen wir heute zwar an der ersten Stelle in der Welt. Und dennoch haben wir nicht all das andere, was wir unbedingt auch benötigen.

**WIRTSCHAFTSDIENST:** Herr Professor, wenn wir auf die Frage nach den Faktoren zurückkommen, so müssen wir Ihren Ausführungen entnehmen, daß einer der Faktoren, der für das Umdenken über die Art der Planung in den sozialistischen Ländern der gewesen ist: Gewisse Disproportionalitäten, die man im Interesse einer schnellen Industrialisierung und Entwicklung anfangs gewollt hat, haben sich bis heute derart verstärkt, daß sie — jedermann deutlich — als Unzuträglichkeiten empfunden werden.

**ŠIK:** Ja, da ist etwas dran. Auf der einen Seite hat man wirklich geglaubt, die Industrie möglichst schnell hochbringen zu müssen, besonders in den Ländern, die fast keine Industrie hatten. Nur stellte man sich am Anfang nicht vor, daß man auf diese Weise nach einer gewissen Zeit Disproportionen schafft. Kurz: Die Disproportionen traten nicht sofort als Disproportionen in Erscheinung. Das taten sie erst später. Je entwickelter ein Land industriell nun ist, desto früher treten solche Disproportionen auch in Erscheinung. Die Tschechoslowakei zum Beispiel ist ein hochentwickeltes industrielles Land. Bei uns treten sie viel schroffer und früher auf als in anderen weniger industriell entwickelten Ländern. In solchen wenig entwickelten Ländern geht es der Bevölkerung im Anfang vornehmlich um die Quantität an Konsumgütern. Sie haben relativ genug landwirtschaftliche Produktion, und die Industrie bringt ganz neue, früher wenig dagewesene Industriegüter (Textilien, Schuhe usw.) hervor. Dabei genügt es zunächst, daß überhaupt etwas da ist. Aber bei einem gewissen Lebensstandard, bei einem gewissen Niveau, geht es eben nicht mehr bloß um die Quantität. Da will man nicht nur Textilien, nur Schuhwaren, sondern bestimmte Textilien, bestimmte Schuhwaren, da wird die Quali-

tät, das Sortiment, plötzlich zum bestimmenden Faktor. Wenn man dazu das Transportwesen im Zuge der Entwicklung vernachlässigt hat, wird zudem auch dies eine Bremse der Industrieentwicklung. Dasselbe gilt für die anderen Dienstleistungen.

**WIRTSCHAFTSDIENST:** Der zweite Faktor für ein Umdenken in Ihrem Wirtschaftssystem ist mithin der steigende Lebensstandard.

**ŠIK:** Ja. Hinzu kommt dann aber auch die technische Entwicklung in der Produktion. Hier liegen die Dinge ähnlich. Eine Zeitlang genügen gewisse Zweige für die rein extensive Entwicklung der Produktion selbst. Verstehen Sie? Eine Zeitlang genügt es, einfache Mengen an Maschinen zu produzieren, Mengen an Stahl, Eisen, Kohle. Aber von einem gewissen Moment an genügt das nicht für die Entwicklung einer gesamtwirtschaftlich zufriedenstellenden Produktivität — und ohne Produktivitätsentwicklung geht's nun mal nicht weiter! Denn auf einmal verschwinden die extensiven Ressourcen. Es gibt keine freien Arbeitskräfte mehr. In diesem Stadium zeigt sich die Notwendigkeit einer viel intensiveren technisch hochgestellten Produktionsentwicklung, und da reicht auf einmal die bisherige Produktion einfach nicht mehr aus. Denn dort ist es dasselbe: Wir haben auch hier nur Mengen an Maschinen produziert und sind nicht in genügendem Maße zu technisch hochstehenden, neuen Produktenarten im Maschinenbau übergegangen. Es genügt eben nicht mehr, nur Stahl zu haben — auf einmal braucht man Edelstahl, Edelmetalle usw.

**WIRTSCHAFTSDIENST:** Es ist also sowohl von der Konsumentenseite als auch von der Produktionsseite her die Notwendigkeit gegeben, die Planung effizienter zu gestalten. Nun würden wir gerne wissen, wie sich diese effizientere Planung von der althergebrachten Zentralplanung unterscheidet.

**ŠIK:** Wir stellen uns vor, daß die zentrale Planung nur eine ausgesprochen makroökonomische Planung sein kann. Makroökonomisch in dem Sinne, daß sie durch die

Planung der Investitionsrichtungen die Grundstruktur der Produktion schafft, daß sie weiter die grundlegenden Proportionen der Verteilung des Volkseinkommens beeinflusst, daß sie aber nicht mehr versucht, im Konkreten festzusetzen, wieviel jede Branche an bestimmten Produkten produzieren muß. Sodann müssen wir uns von der bisherigen Vorstellung einer Direktiv-Planung entfernen. Die Pläne müssen mehr den Charakter von Orientierungsplänen bekommen. Drittens können solche Pläne nur langfristige Pläne sein. Wir müssen davon abgehen, daß die Zentralpläne Einjahrespläne sind. Das Mindestmaß sind fünf Jahre, möglichst noch längerfristige Prognosen, etwa zehn- bis fünfzehnjährige Grundprognosen. Die Einjahrespläne oder noch kürzere Arbeitsprogramme dagegen sollen den Unternehmen überlassen bleiben. Natürlich wird es weiterhin nötig sein, daß die kurzfristigen Pläne auch dem Zentrum zur Kenntnis gebracht werden, damit kontrolliert werden kann, ob und inwieweit sie im Grundsätzlichen mit dem langfristigen Plan übereinstimmen.

**WIRTSCHAFTSDIENST:** Was passiert, wenn die individuellen Pläne nicht mit dem Zentralplan übereinstimmen?

**ŠIK:** Wenn sie nicht übereinstimmen, dann darf das Unternehmen nicht wie früher gezwungen werden, seinen Plan zu ändern. In Zukunft sollen die langfristigen Pläne nicht verbindliche Aktionspläne — wie es früher war — sein, sondern nur eine Grundlage stetiger Arbeitsplanung. Das bedeutet, daß immerfort schöpferisch an dem Plan gearbeitet und versucht werden muß, ihn auf Grund neuer Tatsachen zu korrigieren und lebendig zu erhalten. Früher starb der Fünfjahresplan eigentlich schon nach einem, spätestens nach zwei Jahren ab. Er war dann lediglich ein Konglomerat toter Ziffern, die von der Wirklichkeit überholt waren.

**WIRTSCHAFTSDIENST:** Sie sprechen von der Verlebendigung des Planes. Wie erreichen Sie das konkret? Inwieweit nehmen Sie jetzt Rücksicht auf die Wünsche bestimmter Unternehmensgruppen, einzel-

ner Unternehmensführungen sowie auch der Konsumenten?

ŠIK: Wir kommen damit zu der Frage, was Inhalt dieser makroökonomischen Pläne sein wird und wie sie aufgestellt werden. Soweit es Orientierungskennziffern gibt, so kann fast all das beibehalten werden, was man früher auch angegeben hatte: die Produktionsmenge, gewisse wichtige Produktenarten, die Produktivität, die Kostenentwicklung, die Arbeitskraft usw. Auf Grund wissenschaftlicher Forschungen wird hier darüber eine Vorstellung entwickelt, wie bestimmte makroökonomische Faktoren sich voraussichtlich entwickeln werden. Aber verbindlich wollen wir das in diesen makroökonomischen Plänen nur in beschränktem Maße sehen, verbindlich sollten nur die Grundrichtungen und der Effektivitätskoeffizient der Investitionen sein. Denn durch die Investitionen wird die Grundstruktur beeinflusst.

An dieser Stelle ein Wort zu der Art, wie die Pläne aufgestellt werden. Sonst — fürchte ich — wird die alte Vorstellung bleiben, daß sich jemand im Zentrum etwas ausdenkt. Das Zentrum soll lediglich eine erste Hypothese auf Grund einer Erforschung der zukünftigen Marktentwicklung aufstellen — der Marktentwicklung auf den Inlands- wie auch auf den Auslandsmärkten — Makrokonjunkturforschung, wie sie ja auch in kapitalistischen Ländern betrieben wird.

WIRTSCHAFTSDIENST: Wer liefert die Daten für eine solche Orientierung der Zentrale?

ŠIK: Man fängt an mit der Vorstellung des möglichen Wachstums. Und diese Vorstellung gewinnt man auf Grund einer Verlängerung der bisherigen Entwicklung, wobei die limitierenden Faktoren selbstverständlich berücksichtigt werden. Das heißt also Berücksichtigung des Arbeitskräfte-Potentials, der Rohstoffmöglichkeiten usw. Hieraus entsteht die erste Vorstellung vom Wachstum der Produktion. Und auf Grund dessen wiederum entsteht die zweite Vorstellung davon, welcher Investitionsumfang ungefähr benötigt wird. Rechnet man von der Produk-

tionsmenge die Investitionen ab, so bleibt das, was konsumiert werden kann. Der Konsum wird sodann auf Grund bestimmter Berechnungen, die sich an der bisherigen Entwicklung orientieren, auf individuell gesellschaftlichen Konsum aufgeteilt. Hierauf wird gefragt, welche Strukturveränderungen bei dem gefundenen hohen Konsumtionsumfang wahrscheinlich vor sich gehen werden, wenn man daran geht, die Löhne zu heben u. dgl. Wo wird sich was schneller entwickeln und wo was langsamer? Auf diese Weise bekommt man die erste Vorstellung der anzustrebenden zukünftigen Struktur. An dieser Stelle muß weiter gefragt werden: Sollen wir das alles selbst produzieren? Und: Können wir das alles auch effektiv produzieren? Früher hat man solche Fragen nicht gestellt. Eine Berechnung der Effektivität ist aber notwendig. Und das kann kein Zentrum mehr machen. Das muß von unten herauf geschehen. Das heißt: Die Betriebe bekommen nur diese erste makroökonomische Vorstellung, auf Grund derer sie wissen: „Aha, so kann — so ungefähr wird sich die Nachfrage bei uns entwickeln, mit so viel Investitionen kann man ungefähr rechnen.“ Die technischen Varianten müssen sie im weiteren Verlauf aber selbst aufstellen. Und nun beginnt das Nachdenken über die mögliche technische Entwicklung in den einzelnen Betrieben: Welche Investitionen sollen gemacht, welche Produktenarten sollen produziert, welche Substitutionen sollen vorgenommen werden? Wir wollen erreichen, daß ein jeder Betrieb einige Varianten aufstellt, Varianten, die nach einer einheitlichen Methode aufgestellt werden. Die Methode brauche ich Ihnen hier nicht im einzelnen zu schildern. Im Grunde geht es hierbei darum, mit welchem Gesamtaufwand welches Resultat erzielt werden kann. An dieser Stelle wird Ihnen auch klarwerden, weshalb wir bei der Planung bleiben wollen. Unserer Ansicht nach kann ein Betrieb sich selbst nämlich schwer für diese oder jene Variante entscheiden. Er sieht zwar, daß eine bestimmte Variante seiner Meinung nach effektiver ist als eine andere. Aber das

muß nicht auch vom gesellschaftlichen Standpunkt aus die effektivste sein. Es kann sich nämlich zeigen, daß diese Variante ungeheuer anspruchsvoll im Hinblick auf die Vorleistungen bestimmter anderer Zweige ist, über die dem einzelnen Unternehmen nicht genügend Informationen vorliegen. Nicht wahr, Sie verstehen, warum die Varianten ins Zentrum gehen sollen? Nur da nämlich können sie — alle zusammen — ausbilanziert werden, und zwar mit den modernsten Bilanzmethoden. Mit Hilfe der modernisierten Input-Output-Methode können wir dort nämlich eine Tabelle aufstellen, die bereits statistisch ausgearbeitet vorliegt — mit  $93 \times 93$  Positionen, wobei nun in diesem Jahre eine viel kompliziertere mit  $400 \times 400$  Positionen vorbereitet wird. Erst so können wir sagen: Diese oder jene Varianten bestimmter Wirtschaftszweige greifen wir uns heraus, weil sie auch gesamtwirtschaftlich die effektivste Entwicklung garantieren; andere Varianten aber wollen wir nicht zum Zuge kommen lassen, sondern statt dessen lieber importieren. Andererseits kann so auch entschieden werden, daß Produkte, mit denen wir am ehesten im Außenhandel ankommen können, nicht nur für den Inlandbedarf produziert werden sollen, Produktarten, bei welchen es sinnvoll sein wird, auch für den Export zu produzieren. Auf Grund der Vorschläge der Betriebe also entsteht ein Makroplan. Bis zu seiner endgültigen Fertigstellung kann das zwei, drei Runden dauern. Wir sprechen in diesem Zusammenhang von der Methode der Approximation: Das Zentrum greift etwas heraus, gibt es zur Konkretisierung wieder zurück an die Betriebe, die geben es ihrerseits als konkreten Vorschlag wieder zur Zentrale, bis schließlich etwas herauskommt, was sich dem Optimum nähert.

WIRTSCHAFTSDIENST: Wie ist es mit dem Zeitproblem? Dauert es nicht möglicherweise sehr lange, bis man so zu endgültigen Plänen kommt?

ŠIK: Ja, deshalb meinen wir auch, daß ein solches Verfahren überhaupt nur bei den Fünfjahresplänen angewendet werden kann. Aber

lassen Sie mich diesen Komplex abschließen. Im Plan werden wir drei Gruppen von Investitionen haben: Erstens die sogenannten Zentralinvestitionen. Hierbei soll es sich um Investitionen handeln, die außerhalb des Interesses der Betriebe liegen, also um große Stauwerke oder ein Atomkraftwerk, aber hauptsächlich um Investitionen in der tertiären Sphäre.

**WIRTSCHAFTSDIENST:** Die Infrastruktur also!

**ŠIK:** Ja. Diese Investitionen werden im Plan weiterhin direktiv gesteuert, da wird sich nicht viel ändern. Die zweite und absolut größte Gruppe der Investitionen sind die sogenannten Zweiginvestitionen. Das sind Investitionen, die auf Grund von Vorschlägen der Betriebe angenommen wurden. Ihr Umfang soll den Betrieben nun nicht mehr zwingend vorgeschrieben sein. Indessen soll die Effektivität verbindlich sein. Die dritte Art der Investitionen sind Betriebsinvestitionen, die, sagen wir, so 20 bis 30 % der Gesamtinvestition ausmachen. Sie werden in den Fünfjahresplan überhaupt nicht mehr aufgenommen. Es handelt sich hierbei um kurzfristige Investitionen der Betriebe, also um Ersatzinvestitionen, aber auch einige Rationalisierungsinvestitionen. Dieser Investitionsplanung liegt die Anschauung zugrunde, daß, wenn wir die Investitionspolitik in der Hand haben und die Investitionen auch wirklich eingehalten werden, wir die Grundstruktur und die Entwicklung, das Wachstum, die Effektivität der Wirtschaft beeinflussen können. Der Unterschied zu früher liegt darin, daß wir glauben, es nicht mehr nötig zu haben, jeder Branche zu sagen, wieviel sie produzieren soll. Diese Frage soll dem Markt überlassen sein. In einem Wort: Der einzelne Betrieb hat hier zwar noch Kapazitätszwang, wie er aber die Kapazität genau ausnützen soll, das muß er selbst — genauso wie bei Ihnen — nach Kenntnis des Marktes bestimmen.

**WIRTSCHAFTSDIENST:** Hier kommen wir also von der Produktionsseite auf die des Konsums.

**ŠIK:** Ganz richtig.

**WIRTSCHAFTSDIENST:** Und der Konsument — wenn wir Sie richtig verstanden haben — hat in Ihrem System seinen Platz auf Grund der Bedarfsmeldungen der Betriebe.

**ŠIK:** Sehr richtig. Allerdings bitte ich Sie zu beachten, daß wir jetzt von den Zielmodellen sprechen. Die Übergangsperiode ermöglicht es uns nicht, von bestimmten direktiven Kennziffern für einige Produkte ganz abzugehen. Das ist aber nur ein Übergangsproblem. Wir haben Engpässe, wir haben Disproportionen. Wir können es uns in diesem Übergangsjahr noch nicht leisten, z. B. gewisse Produktarten nicht doch vom Zentrum aus festzusetzen. Aber bitte: Es geht hierbei nicht um den Gesamtumfang der Produktion des Betriebes. Das ist wichtig. Denn der Umfang hat die Betriebe früher falsch orientiert. Und außerdem geht es nur um einige wichtige Produkte. Es handelt sich ungefähr um nur 70 Positionen. Bei einer Produktpalette von rund anderthalb Millionen sind 70 Positionen fast nichts. Dazu gehört z. B. die Energie, der Stahl usw.

**WIRTSCHAFTSDIENST:** Herr Professor, wo liegt für den einzelnen Betrieb der Anreiz, in dieser Art und Weise zu planen? Gibt es bestimmte Anreizmethoden wie bei uns im Westen, z. B. den Gewinn?

**ŠIK:** Ja, hier kommen wir zu der zweiten Seite der ganzen Sache, die neu ist. Wir rechnen damit, daß das Interesse der Betriebe sich ganz anders entwickeln wird, als es bisher in der sozialistischen Wirtschaft war. Bisher war das Interesse der Betriebe einfach die Planerfüllung.

**WIRTSCHAFTSDIENST:** ... koste es, was es wolle ...

**ŠIK:** ... koste es, was es wolle! Wenn der Plan erfüllt war, so konnten sogar Produktarten produziert werden, die nicht verkauft wurden, die sogar auf Lager blieben. So weit ging das. Ich könnte Ihnen da Anekdoten erzählen! Aber es wurden auch Produktarten produziert, welche zwar verkauft, aber mit großen Verlusten verkauft wurden, weil sie anders überhaupt nicht abgesetzt werden konnten.

Das lag daran, daß der Betriebsdirektor regelmäßig zur Verantwortung gezogen wurde, ob er den Plan erfüllt hatte oder nicht. Neben dieser moralisch-politischen Kontrolle gab es auch materielle Anreize: An die Planerfüllung waren die Löhne gebunden. So wurden die Pläne in das zentrale Interesse der Leitung und der Belegschaft gerückt. In Zukunft soll ein jeder Betrieb seine Ware normal auf dem Markt verkaufen. Wie überall, wird er sein Programm anbieten und mit den Abnehmern normale Verträge abschließen. Und er muß alles, was er für seine Reproduktion braucht, aus seinem Verkaufserlös decken. Zieht man von diesem Erlös die Materialkosten und die Amortisation ab, bleibt das, was wir Roh-einkommen nennen. Hieraus werden bestimmte Abgaben an den Staat gezahlt. Und zwar wird es zweierlei Arten von Abgaben geben. Ich nenne sie nicht Steuern, denn die Abgaben sind, anders als normale Steuern, ein Planungsinstrument. Zwar sind sie auch ein Beitrag für den Staatshaushalt, aber zugleich — und das ist sehr wichtig — sind sie Planungsinstrument.

**WIRTSCHAFTSDIENST:** Sind sie auch Beiträge für den Investitionsfonds?

**ŠIK:** Ja, im gewissen Sinne auch. Die erste Abgabe zunächst ist ein Prozentsatz aus dem Roheinkommen. Der Prozentsatz soll im Vorhinein vom Staat festgesetzt werden, d. h. ehe der Betrieb überhaupt an seine Pläne herangeht. So weiß der Betrieb vorher, was der Staat von ihm verlangt. Entsprechend dürfen diese Abgaben im Nachhinein nicht korrigiert werden. Damit soll verhindert werden, daß dem Betrieb, gesetzt den Fall, er erwirtschaftet mehr als angenommen, nachträglich etwas weggenommen wird. Auf diese Weise würde das Interesse des Betriebes wieder verlorengehen. Für die Zukunft möchten wir für alle Zweige und alle Betriebe einheitliche Abgaben. Denn wenn sie nicht einheitlich wären, würden die Progressiven bestraft und die Fauleren, die schlechter Wirtschaftenden hätten den Vorteil. Leider können wir — in der Übergangsperiode —

diese Abgaben noch nicht einheitlich festsetzen, weil die Unterschiede in den Preisen zu groß sind. Wir haben noch die alten Preise, die Preisreform bereiten wir jetzt erst vor.

**WIRTSCHAFTSDIENST:** Bezieht sich die Einheitlichkeit der Abgaben auf einen Prozentsatz?

**ŠIK:** Ja. In Zukunft stellen wir uns einen Prozentsatz aus dem Roheinkommen vor. Ob er progressiv sein wird, kann ich jetzt noch nicht sagen. Das muß die Erfahrung und auch Forschung noch zeigen. Wir sind jetzt der Ansicht, daß er bei einer intensiven Entwicklung nicht progressiv sein müßte.

Die zweite Art der Abgaben sind die Abgaben aus den sogenannten Produktionsfonds, oder wie Sie das nennen, aus dem fixen Kapital. Zwar ist es eine Abgabe, die aus dem Roheinkommen bezahlt, die aber als Prozentsatz des fixen Kapitals berechnet wird. Sie soll das Interesse an einer möglichst effektiven Ausnutzung der Produktionsmittel wecken. Bisher war es doch so, daß die Betriebe untereinander um möglichst viele Investitionen kämpften. Dabei war es ihnen ganz egal, ob sie ausgenutzt oder nicht ausgenutzt wurden und ob sie vor allem effektiv ausgenutzt wurden oder nicht. Als drittes haben die Betriebe aus dem Roheinkommen natürlich Kredite zurückzuerstatten und Zinsen zu zahlen.

**WIRTSCHAFTSDIENST:** Wie sind die Anreize für das Personal und für den Betrieb selbst gestaffelt?

**ŠIK:** Was nach Abzug der zwei Arten von Abgaben und der Kreditrückerstattung übrig bleibt, gehört dem Betrieb. Was ihm verbleibt, wird also nicht geplant, sondern ergibt sich als Rest. Wie verwendet er das, was ihm übrig bleibt? — Ich würde sagen: wie jeder normale kapitalistische Betrieb. Erstens muß

er einen gewissen Reservefonds schaffen, zweitens muß er sich einen Fonds für technische Entwicklung schaffen; alles andere steht für die Entlohnung zur Verfügung. Und dieser Teil seiner Mittel zerfällt in zwei Teile: in den sogenannten Grundlohn und in die Prämien als besondere Art der Entlohnung. Je besser er wirtschaftet, desto mehr bleibt ihm für die sogenannten Prämien. Dieser Prämienatz soll insbesondere das Interesse der ganzen Belegschaft an der Entwicklung des Betriebes wecken. Zwar sollen alle an den Prämien beteiligt sein — die Prämien sollen aber differenziert verteilt werden, d. h. der Betrieb soll selbst entscheiden, daß die leitenden Mitarbeiter, also Ingenieure, Techniker und das andere verantwortliche Personal einen entsprechend höheren Prämienatz bekommen.

**WIRTSCHAFTSDIENST:** Welche Rolle spielen bei der Aufteilung die Gewerkschaften?

**ŠIK:** Was die Grundlöhne anlangt, so wollen wir wieder einen allgemeinen Staatskatalog haben, verstehen Sie, in dem die Grundlinien festgelegt werden, einfach, damit uns nicht alles durcheinander kommt. Das gibt es wohl überall, bei Ihnen in ähnlicher Form doch auch. Der Staat wird mit den Gewerkschaften also erst mal über den gesamten Staats-Lohnkatalog (Tarife, Grundtarife usw.) verhandeln. Über die konkrete Entlohnung dagegen soll jede Betriebsleitung sich mit ihrer Gewerkschaft beraten. Dabei wird die Gewerkschaft ein starkes Wort mitzureden haben.

**WIRTSCHAFTSDIENST:** Können Sie uns ganz kurz etwas über die Rolle der Preise in Ihrem neuen System sagen?

**ŠIK:** Dieses System braucht einfach echte, ökonomische Preise, wenn Sie so wollen: Marktpreise. Dabei geht es, Sie ver-

stehen, um ein großes Problem, das ja auch in den kapitalistischen Ländern ein großes Problem ist, nämlich zu verhindern, daß bei ganz freien Preisen die Preisentwicklung wegläuft. In diesem Punkt wollen wir uns sichern, am Anfang wenigstens. Dies versuchen wir mit Hilfe dreier Arten von Preisen: Zunächst mit Hilfe sogenannter Festpreise für die wichtigsten Rohstoffe, für Energie, für die wichtigsten Lebensmittel und andere wichtige Konsumgüter. Das sind zwar auch bewegliche Preise, sie werden aber vom Zentrum festgesetzt und kontrolliert.

Die zweite Gruppe sind limitierte Preise (von ... bis ...). Hier ist schon eine gewisse Bewegungsfreiheit gegeben. Die dritte Gruppe von Preisen sind vollkommen freie Preise.

**WIRTSCHAFTSDIENST:** Ist das ein Dauerkonzept oder auch nur eine Übergangslösung?

**ŠIK:** Das ist noch nicht gelöst. Meiner Ansicht nach wird sich die freie Preisbildung mehr und mehr durchsetzen. Wir müssen versuchen, mehr andere Instrumente gegen die Inflation anzuwenden, also einerseits versuchen, das Preisniveau zu beeinflussen und andererseits trotzdem eine freie, ökonomische Preisentwicklung sich durchsetzen zu lassen.

**WIRTSCHAFTSDIENST:** Dürfen wir noch einmal auf den Gewinn zurückkommen? Der Gewinn bietet — sagten Sie — den Anreiz für die Produktionsausweitung. Was geschieht aber, wenn es zu Engpässen kommt, beispielsweise in der Lieferung von Produkten oder aber, wenn eine Produktion nicht absetzbar ist. Kann ein Unternehmen sich notfalls Produkte im Ausland beschaffen, kann es Produkte im Ausland absetzen oder kann es seine Preise manipulieren? Und was passiert dann noch, wenn ein

**VEREINSBANK IN HAMBURG**  
Zentrale: Hamburg 11, Alter Wall 20-30, Telefon 36 10 61  
40 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN GROSS-HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL



Betrieb so unwirtschaftlich arbeitet, daß er beispielsweise wie bei uns in Konkurs geht?

ŠIK: Wenn ein Betrieb schlecht gewirtschaftet hat, wenn er nicht verkauft oder mit Verlust verkauft, dann geht sein Roheinkommen herunter. Die Abgaben an den Staat — das sagte ich schon — sind verbindlich. Also verschwindet erst mal der Reservefonds, und wenn es dem Betrieb dann weiterhin schlecht geht, dann verschwinden die Prämien. Natürlich wird es dann schon Geschrei geben. Und weiter sollte es eigentlich nicht mehr gehen! Theoretisch ist es möglich, daß das Einkommen bis auf 92% der Grundlöhne fällt — 92% der Grundlöhne sind vom Staat garantiert. Denn schließlich können die Arbeiter doch nicht für eine schlechte Leitung eintreten! Schlechter kann es dann nicht mehr werden. Aber ich sagte bereits: So weit soll es gar nicht kommen. Wenn schon die Prämien verschwinden, dann muß das zentrale Organ eine Analyse machen. Und wenn sich dabei herausstellt, daß es an der schlechten Leitung liegt, dann müssen die betreffenden Leute eben ausgetauscht werden. — Es kann auch zu einer Liquidation des Betriebes kommen. Aber das ist schon eine politische Entscheidung: Entweder braucht die Gesellschaft den Betrieb, dann muß sie ihn irgendwie sanieren, aber nicht dadurch, daß sie das Geld zuschießt, sondern durch Kredite. Oder aber sie braucht ihn nicht, dann kommt es zur Liquidation.

WIRTSCHAFTSDIENST: Gesetzten Fall, es handelt sich um eine Strukturkrise, sagen wir, es geht um eine Kohlenzeche, die ähnlich wie in Westdeutschland aus strukturellen Gründen nicht floriert. Was dann?

ŠIK: Dann muß der Betrieb geschlossen werden, ganz konsequent. Das ist ja genau das, was wir anstreben. Wir haben eine Menge von Betrieben, die vollkommen unrentabel sind, die beim alten administrativen System weiter existieren konnten. Niemand hatte die Möglichkeit, solche Betriebe zu liquidieren. In Zukunft kann ein solcher Betrieb, wenn er seine Löhne nicht verdient, nicht mehr

existieren. Und das wird gut sein. Denn dann werden die Arbeiter von dort weg- und dahin gehen, wo wir sie brauchen. So wird eine ökonomische Umverteilung der Arbeitskräfte erreicht, wobei es unter unseren Bedingungen nicht zu einer Arbeitslosigkeit kommen kann.

WIRTSCHAFTSDIENST: Sie meinen nicht, daß man möglicherweise auch bei Ihnen solche Schwierigkeiten erhält, mit denen wir uns herumschlagen müssen, nämlich in eine Strukturkrise geratene Betriebe einfach aufrechtzuerhalten, nur, weil bestimmte Interessen dahinterstehen, sagen wir die Eigentümer der Kohlenbergwerke oder aber die Gewerkschaften, die 400 000 Arbeiter im Ruhrgebiet vertreten, und daß man immer wieder zu einem Kompromiß kommt und einen Wirtschaftszweig aufrechterhält, der überhaupt nicht mehr den Erfordernissen der Zeit gerecht wird?

ŠIK: Ich würde so sagen: Das Problem dürfte dann dasselbe wie bei Ihnen und wie in anderen Ländern sein. Hier etwas zu ändern, dürfte nicht leicht sein. Da gerade Sie von der Kohle sprechen — bei uns ist das ja auch eine höchst uneffektive Investition, die uns immer teurer zu stehen kommt. Man geht in immer größere Tiefen, und man muß da in viel größerem Maße auf Ölheizung und andere Ölverwendungen usw. übergehen.

WIRTSCHAFTSDIENST: So kann man also auch hier am Beispiel eines, sagen wir, von einer Strukturkrise bedrohten Wirtschaftszweiges von den Schwierigkeiten her bei Ihnen ähnliche Probleme feststellen, wie wir sie bei uns haben.

ŠIK: Ja, das ist vollkommen richtig. Nur, wenn ich darauf zurückkommen darf: In gerade diesem Punkt soll uns die Planung ein wenig helfen. D. h. man sollte diese Sachen mehr voraussehen und rechtzeitig versuchen, die Lösung zu finden.

WIRTSCHAFTSDIENST: Genau aus demselben Grund geht man auch bei uns dazu über, eine bestimmte Form der Planung einzuführen. Damit Strukturkrisen, Wachstumskrisen und was für Krisen es sonst noch gibt, gelöst werden. Insofern

können wir also tatsächlich von einer gewissen Annäherung der Probleme und der Methoden, diese Probleme zu überwinden, vom Ökonomisch-Technischen her sprechen.

ŠIK: Ich stimme vollkommen überein. Wenn man das Wesen der sozialistischen Wirtschaft besser erkennt, dann zeigt es sich, daß die Unterschiede gegenüber der hochentwickelten, modernen kapitalistischen und insbesondere staatskapitalistischen Wirtschaft lange nicht so groß sind, wie man sie früher gesehen hat oder sehen wollte.

WIRTSCHAFTSDIENST: Wir sollten an dieser Stelle unseres Gespräches nun aber wirklich auch einen Strohmann abschießen, den möglicherweise einige Ökonomen im Osten mit aufgebaut haben und den wir selbst aber auch immer wieder aufbauen, nämlich zu sagen, wir im Westen seien heute noch die Erz-Kapitalisten von früher. All die Beispiele, die wir zu Anfang des Gespräches anführten, besonders die, die wir zum Schluß nannten, weisen doch darauf hin, daß wir in dem Sinne gar keine echten Kapitalisten mehr sind, sondern daß wir im Grunde doch mit einem ordentlichen Schuß Pragmatismus versuchen, aus der marktwirtschaftlichen Ordnung das Beste zur Erreichung bestimmter vorgegebener Ziele zu machen, die — und das muß man vielleicht als wesentlichen Unterschied im Auge behalten — bei uns in stärkerem Maße als in Ihrem System (selbst nach Verwirklichung Ihrer neuen Vorstellungen) vom Individuum oder von einzelnen Gruppen gesetzt werden.

ŠIK: Vollkommen richtig, ich stimme mit Ihnen vollkommen überein. Ich sehe auch die Eigentumsfrage nicht so sehr unter ihrem juristischen Aspekt — es geht ja vielmehr um die Verfügung über das Eigentum, um die soziale Art der Produktion und Verteilung der Produkte, also um die Art der Durchsetzung gewisser Interessen. In dem Moment aber, in dem private Interessen oder Interessen von kleinen Gruppen mehr den Gesamtinteressen unterstellt werden, in dem Moment setzt sich eigentlich das ökonomisch Wesentliche der progressiven Entwicklung durch.